

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1 Mt.
Bergungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 50 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 30 Pfg.

Der neue Geschloßtarif.

Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband kann den vielen Erfolgen, die er bereits erzielt hat, einen neuen zur Seite stellen, der uns mit ganz besonderer Befriedigung erfüllt. Für die Aufsertigung der Geschloßtarife ist ein Reichstarif vereinbart worden, dessen tatsächliche Durchführung gesichert ist. Bereits in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ konnten wir mitteilen, daß am 15. Mai im Kriegsamt eine Sitzung von Vertretern unseres Verbandsvorstandes mit Beauftragten der preussischen Heeresverwaltung stattgefunden hat, in welcher diese den Geschloßtarif anerkannt und zugesagt, den Geschloßtariflieferanten die Einhaltung des Tarifs zur Pflicht zu machen. Darüber hinaus ist aber in der Sitzung am 15. Mai eine Revision des Tarifs vereinbart worden. Diese Revision ist nun unter tatkräftiger Mitwirkung der Heeresverwaltung vollzogen worden, und sie hat ein zufriedenstellendes Resultat gezeitigt.

Die Bemühungen der im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Korbmacher für den Abschluß von Tarifverträgen und insbesondere von Tarifverträgen für Geschloßtarife sind schon recht alt. Trotz der Unterstützung, die unsere Verbandsleitung diesen Bemühungen zuteil werden ließ, konnten bisher nur unzureichende Ergebnisse erzielt werden. Der Fortschritt in den großen Städten wurde immer wieder gehemmt durch die Rückständigkeit der Korbmacher in den Heimarbeitengebieten. Die Arbeiter in jenen Gebieten sind für die Bestrebungen der Organisation nur sehr schwer zu gewinnen, und ihre Anspruchslosigkeit wird von den Unternehmern gründlich ausgenutzt. Nicht nur von den Einheimischen. Auch Unternehmer aus Berlin, Hamburg und anderen Großstädten errichteten Zweigbetriebe im Coburg-Richtensfeld Gebiet und benutzten die Günstigkeit der dortigen Arbeiterschaft als Waffe gegen die „Begehrlichkeit“ der großstädtischen Arbeiter.

Unter den unheilvollen Umständen, den fortgesetzten Unterbietungen, litten die realen Unternehmer nicht minder als die Arbeiter, aber von ernsthaften Versuchen der Unternehmer, dem Krebsgeschaden entgegenzuwirken, war wenig zu hören. Von unserer Seite wurde es begehrt, als sich im Jahre 1915 der Verband selbständiger Korbmacher Deutschlands mit dem Sitz in Leipzig an unsere Verbandsverwaltung wandte und eine gemeinsame Bekämpfung der Preisunterbietungen anregte. Das Ergebnis dieser Beratungen war der am 6. Dezember 1915 abgeschlossene Tarifvertrag, dessen Durchführung unser Verband sich nunmehr mit großem Eifer angelegen sein ließ. Hierbei waren Widersprüche von allen Seiten zu überwinden. Verschiedene Innungen, die jede Gelegenheit zur wirklichen Hebung des Korbmachergewerbes konsequent unbenutzt lassen, sprachen sich gegen den Reichstarif aus und arbeiteten seiner Durchführung entgegen. Und der vertragsschließende Verband selbständiger Korbmacher erwies sich mit der Zeit als ein recht kraftloses Gebilde, nachdem der Verbandspräsident von seinem Posten zurückgetreten war.

Durch solche Schwierigkeiten ließ sich aber unser Verband nicht schrecken. Unsere Kollegen legten bei den Preisvereinbarungen mit den Unternehmern den Reichstarif zugrunde, und die Verbandsleitung bohrte unermüdlich bei den Heeresverwaltungen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die bayerische und die sächsische Feldzeugmeisterei machten bei der Vergebung ihrer Aufträge die Anerkennung des vom Deutschen Holzarbeiter-Verband abgeschlossenen Tarifs zur Bedingung. Daß dieser Tarifvertrag unter Berücksichtigung der großen Unterschiede in der Entlohnung, die seit jeher bestanden, drei Ortsklassen mit verschiedenen Löhnen vorsah, erwies sich als ein glücklicher Gedanke. Die Anerkennung des Tarifs wurde dadurch erleichtert. Das ist zunächst das Wichtigste. Den notwendigen Ausgleich kann man einer späteren Zeit überlassen.

Geringeren Erfolg als in Bayern und in Sachsen hatten unsere Bemühungen bei dem größten Auftraggeber, der preussischen Heeresverwaltung. Die Anerkennung des Tarifvertrages war hier in keiner Weise zu erreichen. Im Gegenteil, unser Verbandsvorstand hatte, wenn er Beschwerden über die Nichterhaltung der Lieferungsbedingungen einreichte, um auf diesem Wege unsere Kollegen vor Benachteiligung zu schützen, über ungenügende Unterstützung und in unfreundlichem Tone gehaltene Zurückweisung der Beschwerden zu klagen.

Mittlerweile war die Notwendigkeit eingetreten, den Tarifvertrag vom Jahre 1915 einer Revision zu unterziehen. Es fehlte aber, da auch der Verband selbständiger Korbmacher versagte, an einer Organisation der Arbeitgeber, die geeignet gewesen wäre, als Vertragspartner zu gelten. Da versuchte es unser Verbandsvorstand, sich mit dem inzwischen ins Leben getretenen Kriegsamt ins Benehmen zu setzen. Dank den Bemühungen der im Reichstarif sitzenden Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften gelang es, den Chef des Kriegsamts für die Frage des Vertragsan schlusses im Korbmachergewerbe zu interessieren, und damit war die Brücke gewon-

nen, die uns in der Angelegenheit des Geschloßtarifs zum Ziele führen mußte. In der Sitzung im Kriegsamt am 15. Mai haben die Vertreter unseres Verbandsvorstandes den Vertretern der Militärbehörde die Verhältnisse dargestellt, und das Kriegsamt hat es übernommen, die Arbeitgeber zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen.

Diese Sitzung fand am 6. Juni in Berlin im Kriegsamt unter der Leitung des Hauptmanns Braumann vom Kriegsamt und unter Teilnahme von Vertretern des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamts (Wumbo) und des bayerischen Kriegsministeriums und der bayerischen Feldzeugmeisterei statt. Von den Arbeitgebern waren auf Einladung durch das Kriegsamt 27 Herren, zum Teil Vertreter von Innungen und Arbeitgeberverbänden, zum Teil Inhaber großer Betriebe, die keiner Organisation angehören, erschienen. Die Arbeiter wurden durch eine Anzahl Beauftragter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vertreten. In dieser Sitzung wurden zunächst die allgemeinen Grundzüge für den Reichstarif für Geschloßtarife beschlossen, nachdem die anwesenden Vertreter erklärt hatten, daß sie sich für bevollmächtigt erachten, bindende Abmachungen zu treffen. Der Vertrag behandelt Arbeitszeit und Lohnsätze. Die Vertragsorte, das sind alle Orte, in denen Geschloßtarife angefertigt werden, sind wiederum in drei Klassen geteilt. Einige Bestimmungen regeln die Heimarbeit; dann sind Vorschriften für die Durchführung des Vertrages und die Schlichtung von Streitigkeiten vorgesehen, und den Schluß bilden die Bestimmungen über die Dauer des Vertrages.

Die Beratungen konnten am 6. Juni nicht zu Ende geführt werden. Es wurde aber unter allgemeiner Zustimmung vereinbart, daß als Grundlage für die Bemessung der Lohnsätze davon ausgegangen werden soll, daß ein Durchschnittsarbeiter bei normaler Arbeitszeit, die in der Tarifklasse I 52 Stunden, in Tarifklasse II 54 Stunden, in Tarifklasse III 56 Stunden beträgt, einen wöchentlichen Verdienst erzielt, der mindestens beträgt in Klasse I 72 Mark, in Klasse II 60 Mark und in Klasse III 50 Mark. Die Festsetzung der einzelnen Lohnsätze wurde einer Kommission von je 5 Vertretern beider Parteien übertragen, die am 18. Juni wiederum im Kriegsamt zusammentrat. Wieder waren die Militärbehörden vertreten, und die Verhandlungen wurden diesmal von Hauptmann Brinz vom bayerischen Kriegsministerium geleitet und erfolgreich zu Ende geführt.

Bei der Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit hatte unser Verbandsvorstand auf den 17. Juni eine Konferenz der Korbmacher nach Berlin berufen, zu welcher 24 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Unter Mitwirkung der Zentralkommission der Korbmacher wurden die einzelnen Positionen des Tarifvertrages einer gründlichen Durchberatung unterzogen. Als Vertreter in die zentrale Schlichtungskommission oder in das „Tarifamt für das deutsche Korbmachergewerbe“, wie diese Körperschaft jetzt offiziell heißt, wurden gewählt die Kollegen Neumann vom Verbandsvorstand, Brückner (Berlin) von der Zentralkommission der Korbmacher, ferner Genth (Hamburg), Ruffe (Dresden) und Schmidt (Mühlau). Als Ersatzmänner fungieren die Kollegen Leipart, Irrgang (Berlin), Wegener (Bremerhaven), Besser (Eisenben) und Strähz (Sachsen). Vertreter der Arbeitgeber im Tarifamt sind die Herren Seefeldt (Berlin), Heitmann (Hamburg), Koppel (Dresden), Busch (Eisenben) und Krauß (Richtensfeld). Deren Ersatzmänner die Herren Schmidt (Berlin), Spies (Hamburg), Habernicht (Dresden), Laue (Lambach) und Schlenner (Mühlau).

Die Verhandlungen im Kriegsamt am 18. Juni fanden im engeren Rahmen statt. Für eine Reihe von Arbeiten wurden auf der erwähnten Grundlage Akkordpreise festgesetzt. Mehrere Positionen wurden noch offengelassen. Den örtlichen Schlichtungskommissionen wurde aufgegeben, Feststellungen über die Durchschnittsleistung bei der betreffenden Arbeit zu machen. Auf Grund dieser Feststellungen wird dann das Tarifamt die Preise bestimmen.

Die tariflichen Lohnsätze sind an Männer und Frauen in gleicher Höhe zu zahlen unter der Voraussetzung, daß sie abnahmefähige Arbeit liefern. Neuzuletztene Personen können aber in den ersten drei Wochen nach der nächsten niedrigeren Lohnklasse entlohnt werden. Die Sätze dieser niedrigeren Lohnklasse kommen auch für jugendlich Personen unter 16 Jahren in Betracht. Die Heimarbeit wird, wenn die Bestimmungen des Tarifvertrages beachtet werden, eine wesentliche Einschränkung erfahren.

Wichtige Aufgaben sind den örtlichen Schlichtungskommissionen zugewiesen, die nun sofort mit der größten Beschleunigung allerorts gewählt werden müssen, und die Spitze des Verbandes bildet das Tarifamt, das seinen Sitz in Berlin hat. Der Vertrag, der bis drei Monate nach Friedensschluß, mindestens aber bis zum

1. Oktober 1918 gilt, tritt am 1. Juli in Kraft. Die Vorarbeiten, wozu insbesondere auch die Wahl und die Konstituierung der Schlichtungskommissionen gehören, müssen also mit großem Eifer betrieben werden. Man darf wohl annehmen, daß bei der Neuheit der Sache die Kollegen dem Tarifvertrag und seinen Bestimmungen lebhaftes Interesse entgegenbringen werden. Dieses Interesse darf aber nicht erlahmen, es muß ständig wachgehalten werden. Dazu zwingt eine Reihe wichtiger Gründe.

Zunächst handelt es sich um die Durchführung und die Innehaltung des Vertrages. Die Geschloßtarifarbeiter und -arbeiterinnen sind in der angenehmen Lage, einen mächtigen Verbündeten zu besitzen in Gestalt der Heeresverwaltung. Diese wird allen Unternehmern die Innehaltung des Vertrages zur Pflicht machen, und der Unternehmer, der dagegen verstößt, setzt sich der Gefahr aus, daß ihm die Aufträge entzogen werden. Trotz dieser Hilfe, die der Arbeiterschaft zuteil wird, darf auf eine dauernde Vertragstreue der Unternehmer nur gerechnet werden, wenn die Arbeiter selbst auf dem Posten sind. Jeder einzelne muß sich als Hüter des Vertrages betrachten. Die örtliche Schlichtungskommission muß bei ihrer Arbeit unterstützt und zwischen den Schlichtungskommissionen und dem Tarifamt muß ein lebhafter Verkehr unterhalten werden. Der eigentliche, wirkliche Träger des Vertragsgedankens aber ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband. Er hat den größten Anteil an der Schaffung dieses Werkes, und der Tarifvertrag wird der Kollegenschaft im Korbmachergewerbe nur dann voll zugute kommen, wenn alle in den Geschloßtarifbetrieben beschäftigten Arbeiter, Männer und Frauen, Gelehrte und Angelernte, Erwachsene und Jugendliche, sich um das Banner des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes scharen.

Den Unternehmern mangelte es bisher an einer leistungsfähigen Organisation. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ihnen diese Tarifverhandlungen den Mangel zum Bewußtsein gebracht haben, und daß sie darangehen werden, ihm abzuhelfen. Eine starke Arbeitgeberorganisation kann für die Arbeiter eines Berufs eine Gefahr sein, aber nur dann, wenn die Arbeiter ihre eigene Organisation vernachlässigen. Stehen die Korbmacher zum Deutschen Holzarbeiter-Verband, dann könnte man die Bildung einer Unternehmerorganisation begrüßen. Wir erhielten dann einen Vertragspartner, mit dem wir das Tarifvertragswesen weiter ausbauen könnten. Gerade im Korbmachergewerbe eröffnen sich auf diesem Gebiete lothende Aufgaben für die Friedenszeit. An ihre Lösung wird man aber nur herantreten können, wenn der Deutsche Holzarbeiter-Verband wirklich der Sammelplatz der Arbeiter im Korbmachergewerbe ist.

Zur Beitragsfrage.

Der Leitartikel in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist wohl manchem Kollegen eine Ueberraschung gewesen, besonders denen, die sich um das Verbandsleben wenig oder gar nicht gekümmert haben. Andererseits dürften diejenigen, die ihre Augen offengehalten, diese Frage schon erwartet haben. Mancher mag auch noch unter uns sein, der diese Angelegenheit erst nach dem Kriege geregelt haben möchte. Das würde freilich reichlich spät sein, um den Aufgaben, die unser nach Friedensschluß harren, gerecht werden zu können. Dahin gehört nicht nur die Erhaltung der bis dahin erreichten Lohnsätze, der Ausbau des Tarifwesens bzw. die Verbesserung der bereits bestehenden, sondern es werden außer den vorhandenen Kollegen ein erheblich großer Teil von der Front zurückkehrenden unbedingt unterstützt werden müssen. Ob dabei die alten Sätze ausreichen werden, die bedürftigen Kollegen auch nur einigermaßen vor der schlimmsten Not zu schützen, ist stark zu bezweifeln; abgesehen davon, daß wir noch gar nicht wissen, ob nicht der Notstand nach dem Kriege noch größere Dimensionen annimmt, als allgemein befürchtet wird.

Die Ausbeutung durch die Unternehmer wird, wenn wir nicht auf dem Posten sind, nach allen Regeln der Kunst besorgt werden. Daß ein Teil der Unternehmer sich schon lange nach diesem Augenblick sehnt, seinen lieben Mitmenschen den Herrenstandpunkt in eingehender Weise klar machen zu können, ist allbekannt. Das wird von diesen Leuten um so gründlicher besorgt werden, je gleichgültiger die organisierten Arbeiter sich als solche ihren Aufgaben gegenüber verhalten. Hierin ist während des Krieges in reichlichem Maße gefehlt worden. Es dürfte daher an der Zeit sein, sich ganz energisch aufzuraffen.

Die einzuschlagenden Wege ergeben sich an den einzelnen Orten in der Regel von selbst, trotzdem müssen gewisse allgemeine Richtlinien befolgt werden, die sich aber auch ohne weiteres aus der Lage innerhalb des Berufs und nicht zum mindesten aus der Stärke und Stoßkraft der Organisation ergeben. Wenn Zahl und Geschlossenheit Vorbedingungen für die Stärke einer Organisation sind, bildet der Kampffonds das Rückgrat derselben. Wer dieses vernachlässigt, dürfte damit sein eigener Schlichter werden. In Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ finden wir ja ausreichendes Zahlenmaterial, das jedem zu denken gibt. Ob mit

6,7 Mill. Mark und den laufenden Beiträgen alles das, was wir tun müssen und wollen, erreicht werden kann, möchte ich stark bezweifeln. Jeder, der die Kämpfe des letzten Jahres vor dem Kriege erlebt und auch während des Krieges die Augen offen gehalten hat, dürfte mir darin wohl zustimmen. Für diese Kollegen ist eine Beitragserhöhung eine unabwendbare Notwendigkeit. Die Kernfrage ist nur das Wie und Wann?

Eine Beitragserhöhung um 5, 10 oder 20 Pf. pro Woche wäre die einfachste Lösung und auch ohne größere Schwierigkeiten durchzuführen. Ich glaube auch, daß insbesondere die Kollegen, die in der Kriegsindustrie beschäftigt sind, einer Beitragserhöhung ohne weiteres zustimmen werden, um so mehr, als sie in der Lage waren, ihr Einkommen wesentlich zu erhöhen. Was es da oder dort in mehr oder minderer Weise der Fall gewesen sein. Zweifellos entsprechen die heutigen Verdienste im allgemeinen absolut nicht den wirklichen Bedürfnissen. Es kommen aber auch noch eine Anzahl von Berufen in Betracht, die zum Teil gar nicht oder nur in geringem Umfange produziert haben, und daher nach Friedensschluß neu aufbauen oder sich andere Absatzgebiete suchen müssen. Ob in diesen Berufen die Löhne gleich die Höhe der anderen Berufe erreichen werden, ist mehr als fraglich. Diese werden daher auch kaum in der Lage sein können, gleich die höheren Beiträge zu zahlen. Eine Staffelung der Beiträge wäre daher wohl die einzig richtige Lösung.

Der Leitartikel „Innere Verbandspolitik“ läßt darauf schließen, daß der Vorstand bezüglich der Beitragsfrage es ebenfalls mit der „Neuorientierung“ versuchen wollte, was ich allerdings bei dieser Frage nur begrüßen könnte. (Val. Broschüre über „Klassenbeiträge und Einheitsbeitrag“, sowie Referat Leipzigs, Verbandsprotokoll Seite 197 bis 218.) Er dürfte sich dabei wohl nicht nur mit der Frage der Staffelbeiträge allein, sondern mit dem, was damit zusammenhängt, der Frage des Streiks und allen anderen Unterstützungsmöglichkeiten, befaßt haben. Dana wäre es aber auch richtiger, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern frank und frei damit aus Licht zu treten. Er würde damit zur schnelleren Klärung der ganzen Angelegenheit wesentlich beitragen. Ist er doch durch das in seinem Besitz befindliche Material sehr wohl in der Lage, die Sache am besten beurteilen zu können, wie er auch wohl am besten die allgemeine Stimmung innerhalb der Kollegenschaft beurteilen kann.

Inwiefern dabei der Vorschlag des Kollegen Berndt Beachtung findet, dürfte sich sehr bald zeigen. Wenn man sich auch mit dem Vorschlag B. befreunden kann, soweit die Höhe des Beitrages in Frage kommt, so möchte ich vor der freiwilligen Wahl der Höhe desselben warnen, weil ich dieses für gefährlich halte. Dadurch würden die sogenannten guten Mäuler in möglichst niedriger Klasse steuern. Das würde die Klassenverhältnisse sehr nachteilig beeinflussen. Auch sprechen noch viele andere Erfahrungen auf diesem Gebiete gegen eine freiwillige Wahl der Beitragshöhe. Richtiger wird es auf alle Fälle sein, die Höhe des Lohnes als Richtlinie festzulegen, ohne Rücksicht auf die Art des Berufs.

Sobald jedoch Klarheit über die Notwendigkeit der Erhöhung bzw. Einführung von Staffelbeiträgen und der damit zusammenhängenden Statutenänderung herbeigeführt ist, wird sich über die Höhe usw. sehr leicht eine Verständigung erzielen lassen. Durch Arbitration könnte festgestellt werden, ob eine Erhöhung der Beiträge vorgenommen und Staffelbeiträge eingeführt werden sollen. Die schnelle Einberufung eines Verbandstages halte ich hierbei für absolut erforderlich. Nicht allein die finanzielle Seite muß hier erörtert werden, sondern auch andere nicht minder wichtige Fragen harren der Lösung, die nicht mehr bis nach Friedensschluß verschoben werden können, insbesondere es noch gar nicht vorauszuweisen ist, wann wir so weit sind.

Eine Fortsetzung der Beiträge usw. selbst unter Mitwirkung des Ausschusses und auch der Gewerkschafter halte ich für das größte Übel, welches dem Verband widerfahren könnte. Nicht allein verschiedene Vorgänge, die auch in unserer Verbandsorgane bereits zur Sprache gekommen, recht fertigen meine Ansicht, sondern es ist auch sonst noch genügend Material vorhanden, der wollte man die Kollegen bei der Festsetzung und der so notwendigen Aussprache übergeben. Der Zerbröckelung der Einheit würde. Mit derartigen Dingen können wir jetzt am wenigsten abschicken. Wenn sich die Kollegen durch die Kriegslage notgedrungen damit abgefunden haben, daß der Verbandstag verschoben wurde, dürfte dies in diesem Falle nicht mehr möglich sein. Ich bin gegen den Ausschuss, je eher der Verbandstag zusammentritt, um so besser, und bin der Überzeugung, der Übergang der Parteikollegen ist der gleiche. Was in anderen Organisationen möglich war, kann bei uns nicht möglich sein.

E. H. B. G. (Wetzl.)

„Wir der Kommittee der Holzarbeiter-Zeitung“ über „Innere Verbandspolitik“ nicht zur Verfügung steht, kann ich nicht mit ihm nicht beistimmen. Die beiden Artikel sind „eingeführt“ in Nr. 25 der Holzarbeiter-Zeitung stehen und jedem, was für den Deutschen Holzarbeiter-Verband auf dem Spiele steht und wofür die Reihe schon ist. Wie das eine Thema über Beiträge, höhere Unterstützungssätze. Daß diese Frage jetzt diskutiert werden soll, dürfte mich in die Notwendigkeit neigen. Notwendiger wäre nach meiner Ansicht die Frage: „Wie können wir nach dem Kriege unseren arbeitslosen Mitgliedern, den Kapitalgebern, wirksam helfen?“ Dieser müßte doch die Frage aufgeworfen werden: „Was ist richtiger, die Unterstützungssätze zu erhöhen oder einen Streikende zu sammeln, um unsere Löhne den verarmten Lohnarbeitern entsprechend anzuhöhen?“ Denn kommt man nicht um die Antwort herum, indem man eben nur, erhöhen um die Unterstützungssätze und natürlich gleichzeitig auch die Beiträge, kann fahren wir weiter fort auf dem Wege, um Verarmten zu helfen. Die Unterstützungssätze werden dann hinterlistig.

„Wir der Kommittee der Holzarbeiter-Zeitung“ nicht zur Verfügung steht, kann ich nicht mit ihm nicht beistimmen. Die beiden Artikel sind „eingeführt“ in Nr. 25 der Holzarbeiter-Zeitung stehen und jedem, was für den Deutschen Holzarbeiter-Verband auf dem Spiele steht und wofür die Reihe schon ist. Wie das eine Thema über Beiträge, höhere Unterstützungssätze. Daß diese Frage jetzt diskutiert werden soll, dürfte mich in die Notwendigkeit neigen. Notwendiger wäre nach meiner Ansicht die Frage: „Wie können wir nach dem Kriege unseren arbeitslosen Mitgliedern, den Kapitalgebern, wirksam helfen?“ Dieser müßte doch die Frage aufgeworfen werden: „Was ist richtiger, die Unterstützungssätze zu erhöhen oder einen Streikende zu sammeln, um unsere Löhne den verarmten Lohnarbeitern entsprechend anzuhöhen?“ Denn kommt man nicht um die Antwort herum, indem man eben nur, erhöhen um die Unterstützungssätze und natürlich gleichzeitig auch die Beiträge, kann fahren wir weiter fort auf dem Wege, um Verarmten zu helfen. Die Unterstützungssätze werden dann hinterlistig.

Dann ist es sein Nutzen. Die heutige Gesellschaft will aus den Knochen der Arbeiter aber nur Geld heraus schlagen, jedoch für den Schaden, welcher daraus entsteht, nicht verantwortlich gemacht werden. Wollen wir also weiter fortfahren, diese Gesellschaft zu stützen, oder wollen wir den Kampf energisch aufnehmen und Kämpfe führen für eine staatliche Arbeitslosenunterstützung, höhere Krankenunterstützung usw.? Bei jeder sich bietenden Gelegenheit müßten die schärfsten Aktionen ins Werk gesetzt werden, um die heutige Gesellschaft zu zwingen, das Geld zu besitzigen. Dafür und nur für solche Zwecke müßten Gelder gesammelt werden. Nicht um die heutigen Zustände zu verwischen, sondern der Klassenkampf muß klar und deutlich geführt werden. Nicht Entlastung einer Regierung, welche für Arbeiterforderungen immer ein taubes Ohr hat, sondern ihr die Schäden und Unannehmlichkeiten aufbürden, welche aus ihrer verkehrten Politik entstehen. Fahren wir weiter fort auf dem Wege der Unterstützungseinsparungen, dann wird der Deutsche Holzarbeiter-Verband für die Zukunft Schaden erleiden, wie überhaupt in den deutschen Gewerkschaften sich eine Stimmung bemerkbar macht, welche darauf hinausgeht, daß an der eingezeichneten Richtung werden müssen, wollen wir nicht ganz verstanden oder zu großen Kämpfen überhaupt nicht mehr die Macht haben. Warum wird von den deutschen Gewerkschaften nicht einmal die Frage aufgeworfen: „Wollen wir die Unterstützungen, welche rein wirtschaftlicher Natur sind, z. B. Kranken-, Arbeitslosen-, Umzugsunterstützung usw., nicht aus den Gewerkschaften ausschalten und sie einer eigenen Institution überlassen?“ Dann kann sich versichern, wer Lust hat. Innerhalb der Gewerkschaften wird dann mit solchen Formachen keine Zeit vertrödeln, und wir können uns unseren wirklichen Aufgaben voll und ganz widmen. Dieses Wenige nur, um zu zeigen, daß ich mit einer Erhöhung der Beiträge zum Zwecke von Unterstützungen rein wirtschaftlicher Natur nicht einverstanden bin.

E. Sp. (Bremen),
zurzeit Soldat in Mecklenburg.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir nach Beendigung des Krieges zunächst mit einer großen Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Aber auch auf eine lebhafte Lohnbewegung müssen wir uns einrichten. Deshalb ist es mit Freunden zu begrüßen, daß der Hauptvorstand vorabend eingereist, das heißt die nicht zu umgehende Stärkung der Verbandskasse vornehmen will. Darüber ist sich wohl jeder klar, daß es mit den „billigen“ Zeiten auf Jahre hinaus vorüber ist. Die einzige Möglichkeit, diesen kommenden Anforderungen gerecht zu werden, findet ihre Lösung nur in der Erhöhung der Beiträge. Lange bevor der Hauptvorstand mit seiner Anregung heraustrat, wurde die Beitragsfrage schon in Kollegentreffen besprochen, und ich darf wohl sagen, im Sinne einer Erhöhung.

Gerade an der Front habe ich in dieser Weise mit Verbandskollegen diskutiert, die ebenfalls der Meinung waren, daß eine Besserung der Verbandskasse nicht zu umgehen sei. Die Frage wird nun sein, wie können wir die Beitragserhöhung am besten erzielen? Es muß gesagt werden, daß die früher so angefeindete Staffelung der Beiträge dabei nicht mehr zu umgehen ist. Praktisch würde es mir erscheinen, wenn die Staffelung so vorgenommen wird, daß die niedrigen Lohnklassen erspart würden und wir nicht für jugendliche und weibliche Mitglieder besondere Paragraphen im Finanzwesen des Verbandes weiterführen. Denn es ist z. B. in der Buchbinderei eine bestehende Tatsache, daß es weibliche und jugendliche Arbeiter gibt, die mehr verdienen als eingearbeitete und branckentüchtige Arbeiter. Andere Berufe innerhalb des Verbandes werden ähnliche Verhältnisse aufweisen können. Um nun die niedrigen Lohnklassen zu ersparen, müßte allerdings die Staffelung meines Erachtens unter dem normalen Beitrag von 60 Pf. beginnen. Hierdurch ist ebenfalls die Möglichkeit gegeben, in Bezirken mit niedrigen Löhnen die Arbeiter eher für den Verband zu gewinnen. Daß dabei die Unterstützungen eine entsprechende Staffelung erfahren müssen, ist selbstverständlich. Wenn durch diese Finanzreform Klassenführung und Abrechnung in den Zahlstellen vermehrte Arbeit erforderlich, dann dürfte das doch kein Hindernis für die Durchführung sein.

Um eine Staffelung in Voranschlag zu bringen, fehlt es mir leider an Unterlagen. Da nach meiner Überzeugung eine ablehnende Stimmung unter den Kollegen wohl wenig Klar bringen wird, kann der Vorstand mit geeigneten Vorschlägen herantreten. Ueber die Beschaffung einer solchen Umwälzung der Klassenverhältnisse unseres Verbandes während des Krieges möchte ich mich dahin ausdrücken, daß wir diese den Kollegen in der Heimat ruhig überlassen können. Denn nachdem es erwiesen ist, daß die Zuhausegebliebenen nicht nur dem Verband hochgehalten, sondern auch erfolgreich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen verbessert haben, können wir nun der Front diesen Kollegen auch die Abstimmung über die Ausgestaltung der Finanzlage des Verbandes überlassen. Allen Kollegen und Kolleginnen, die zu Hause geblieben sind, möchte ich meinen Wunsch dahin äußern, daß jeder mit besten Kräften an der geplanten Stärkung unserer Organisation arbeitet. Eine gesunde Finanzlage wird zur Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens nach dem Kriege erheblich beitragen.

Heinrich Richard (Eggenheide l. C.),
zurzeit im Felde.

Die im Felde stehenden Kollegen werden sicher die Ausführungen in Nr. 21 der Holzarbeiter-Zeitung unter „Innere Verbandspolitik“ mit großem Interesse gelesen haben. Die Gründe, welche dort für eine Erhöhung der Unterstützungssätze und des Beitrages angeführt wurden, sind so einleuchtend, daß sie im allgemeinen sicher Zustimmung finden werden. Der Kernpunkt bei der Frage wird sein, ob eine Beitragserhöhung notwendig und möglich ist, und ob sie, ohne daß die Mehrzahl der Mitglieder (d. h. die Kriegsteilnehmer) ihre Stimme abgeben kann, durchgeführt werden kann. Ich möchte beide Fragen bejahen.

Der Verbandsbeitrag macht heute, durch die Lohnsteigerungen, bei allen Kollegen prozentual einen wesentlich ge-

ringeren Teil des Lohnes aus als vor dem Kriege, so daß eine Erhöhung um 20 Pf. die Woche mir als möglich und notwendig erscheint. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es heute bei den ungeheuren gesteigerten Ausgaben für alle Bedarfsartikel leichter ist, den Beitrag zu entrichten. Aber erkennt man die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützungssätze an, dann muß man sich auch für eine Beitragserhöhung erklären.

Wir im Felde haben mit großer Freude gesehen, wie es dem Verband durch sein energisches Auftreten gelungen ist, die Löhne der Kollegen zu erhöhen. Die geführten Bewegungen erforderten gegenüber der Zeit vor dem Kriege nur geringe finanzielle Mittel. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß es nach dem Kriege nicht so bleibt. Die meisten Unternehmer tragen sich mit dem Gedanken, die Teuerungszulagen nach Kriegsende wieder zu kürzen. Wir hingegen haben den festen Willen, weitere so dringend notwendige Lohnsteigerungen durchzusetzen, um unsere Lebenslage auf eine höhere Stufe zu bringen als vor dem Kriege. Diese beiden entgegenstehenden Tendenzen werden sicher größere wirtschaftliche Kämpfe auslösen. Die Kämpfe können aber mit den heutigen Unterstützungssätzen von 12 bis 14 Mk. die Woche und 1 Mk. für jedes Kind nicht geführt werden. Meines Erachtens muß die Unterstützung mindestens um ein Drittel erhöht werden. Die Zahlstellen, welche während des Krieges Bewegungen führten, waren schon gezwungen, eine höhere als die bisher übliche Unterstützung zu zahlen.

Von der eingangs erwähnten Erhöhung des Beitrages um 20 Pf. die Woche halte ich es für notwendig, daß mindestens 5 Pf. den Lokalkassen verbleiben, denn mit den bisherigen 10 Pf. sind die durch den Krieg gesteigerten Verwaltungsausgaben nicht annähernd zu decken. Von einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung möchte ich zurzeit abraten, und zwar aus folgenden Gründen. Nach Kriegsende wird der Verband voraussichtlich, gezwungen durch die große Zahl der Arbeitslosen, sicher ähnliche Maßnahmen treffen müssen wie beim Kriegsausbruch. Würden jetzt die statutarischen Sätze erhöht, so würde der Kontrast zwischen der statutarischen und der tatsächlichen Unterstützung nur noch größer sein; das würde agitatorisch nur nachteilig wirken. In dieser Frage halte ich es für dringend erforderlich, daß die Gewerkschaften und damit auch unser Verband mit noch größerem Nachdruck für den Ausbau der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung eintreten. Die Erfahrungen im Kriege haben gezeigt, daß die gewerkschaftlichen Unterstützungen in vielen Kommunen benutzt wurden, um durch die bekannte Anrechnung derselben öffentliche Mittel zu sparen. Es liegt für uns keine Veranlassung vor, durch die Erhöhung der Unterstützung dieses System zu fördern.

In der Frage der Staffelbeiträge stehe ich auch heute noch auf einem ablehnenden Standpunkt. Ich bin der Meinung, daß wir durch unsere statutarische Bestimmung, worin den einzelnen Zahlstellen die Möglichkeit gegeben ist, für Branchen mit geringem Verdienst besondere Beiträge festzusetzen, den Bedürfnissen besser entsprechen als durch eine zentrale Regelung in der Form von Staffelbeiträgen. Bei der Diskussion in den Versammlungen wird sicher von vielen Kollegen empfohlen werden, die ganzen Fragen bis Kriegsende zu verschieben, damit wir die Möglichkeit haben, mitzubestimmen. Ich bin überzeugt, daß es den Kollegen im Felde nur darauf ankommt, daß der Verband nach dem Kriege schlagfertig ist. Dazu gehört, daß die genannten Unterstützungssätze den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden. Diese Frage darf nicht bis Kriegsende vertagt werden. Darum, Kollegen, nehmt bei euren Beratungen und Entscheidungen in dieser Frage nicht so sehr Rücksicht auf unser Mitbestimmungsrecht, sondern laßt euch nur von dem Gedanken leiten, den Verband aktionsfähig zu erhalten. Frisch ans Werk!

H. B. l. e. (Hamburg), zurzeit im Felde.

Soziales.

Kriegsrente und Arbeitslohn.

Nach Beendigung des Krieges werden wir in Deutschland Millionen von Menschen haben, die Kriegsrente beziehen, weil sie durch den Krieg geschädigt worden sind. Da sind zunächst jene Männer, die an ihrer Gesundheit oder an ihren gesunden Gliedmaßen Schaden gelitten haben und deshalb mit vermindelter Erwerbsfähigkeit ins wirtschaftliche Leben zurückkehren. Da sind ferner die Frauen, deren Männer im Kriege ihren Tod gefunden haben, und hinzu kommen auch noch jene Frauen, deren Männer infolge des Krieges erwerbsunfähig geworden sind. Selbstverständlich hat der Staat die Pflicht, alle diese Opfer der Kriegsgenurie zu entschädigen, und zwar fordern wir, daß er in dieser Beziehung nicht trüdeln und inaktiv, sondern daß er sich anständig erweisen soll. Leider liegt aber die Sache so, daß bei der Höhe der Ausgaben und bei der Knappheit der Mittel der Staat nur einen Teil leisten kann, weshalb die bewilligte Rente bei den Angehörigen der Unter- und der Mittelklassen niemals so hoch sein wird, daß sie zur Bestreitung des vollen Lebensunterhaltes ausreicht. Die Kriegserntner und Kriegserntnerinnen werden deshalb gezwungen sein, sich durch Ausübung einer Erwerbsarbeit einen Zuschuß zur Rente zu verdienen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist diese Notwendigkeit hochfreudig zu begrüßen, weil wir in der künftigen Friedenszeit zum Nutzen unseres Wirtschaftslebens alle Arbeiterkräfte, also auch die mit vermindelter Leistungsfähigkeit, dringend notwendig haben. Außerdem wird es auch aus den seelischen und sittlichen Zustand der Kriegsober eine heilsame Wirkung ausüben, wenn sie in einer geregelter Beschäftigung Vergessenheit ihrer Leiden finden und außerdem auch das Bewußtsein, daß sie noch immer brauchbare, unentbehrliche Glieder der menschlichen Gesellschaft sind.

Die Zerteilung der Arbeiter und Arbeiterinnen in solche, die lediglich auf den Ertrag ihrer eigenen Arbeit angewiesen sind, und solche, die zu ihrem Arbeitslohn noch eine Rente beziehen, birgt zweifellos für die Entwicklung der Arbeiterbewegung eine große Gefahr in sich. Es besteht

nämlich die Gefahr, daß die Arbeitgeber die Rente als ein Mittel betrachten werden, um auch auf die Löhne der nicht zum Bezug einer Rente berechtigten Arbeiter und Arbeiterinnen einen Druck auszuüben, und es besteht auch die Gefahr, daß die Kriegsentner und noch mehr die Kriegsentnerinnen dies Bestreben bewußt oder unbewußt fördern werden. Begreiflich ist es, daß unangeführte und gewerkschaftlich ungeführte Rente leicht geneigt sind, sich mit einem niedrigeren Lohn zu begnügen, weil sie den Arbeitslohn nur als einen Zuschuß zur Rente betrachten. Allerdings ist zu wiederholten Malen von maßgebender Stelle aus erklärt worden, daß es unstatthaft sei, die Kriegsentner auf den Arbeitslohn anzurechnen, aber in der Praxis des Wirtschaftslebens werden Versuche, diese Klippe zu umgehen, nicht ausbleiben. Wer unsere Arbeitgeberchaft kennt, der weiß, daß sie alle Versprechungen leicht vergißt, wenn die Kriegszeit erst vorüber ist, und daß bei der das Wort Geldparolen großgeschrieben wird. Die Gewerkschaften werden also mit dieser Gefahr rechnen müssen.

Was die kriegsbeschädigten Arbeiter anbetrifft, so liegt hier die Gefahr wesentlich günstiger, weil die Männer, wenn sie aus dem Kriege heimkehren, wieder in die Organisationen hineingehen werden, und weil sie ohnehin mehr Selbstbewußtsein, Eifer und Widerstandskraft besitzen als die Frauen. Dennoch haben auch hier die Gewerkschaften alle Veranlassung, auf der Hut zu sein und Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen, ehe es zu spät ist. Schlimmer aber liegt die Sache mit den Kriegsentnerinnen, und hier ist die Gefahr geradezu drohend, daß diese Frauen, von denen die allermeisten kein Verständnis für wirtschaftliche Verhältnisse und für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation haben, sich als Lohnrückerinnen werden mißbrauchen lassen. Allerdings ist diese Gefahr gegenwärtig noch nicht so groß, weil während des Krieges die weiblichen Arbeitskräfte gesucht sind, und sie deshalb keine Veranlassung haben, ihre Kollegen und Kolleginnen zu unterbieten. Aber nach Beendigung des Krieges wird sich dies wesentlich ändern. Wenn dann Millionen Arbeiter ins Wirtschaftsleben zurückströmen, um ihre früheren Plätze wieder einzunehmen, so wird ein heftiger Konkurrenzkampf um die Arbeitsgelegenheit entbrennen. Allen Versprechungen zum Trost, daß man unseren Brüdern im Waisenrod ihre Arbeitsplätze offenhalten wolle, werden zahlreiche Unternehmer geneigt sein, die billigen und willigen Arbeiterinnen, die sich inzwischen eingearbeitet haben und ihren Platz ganz gut ausfüllen, weiterzubeschäftigen. Und wo man diese Arbeiterinnen entläßt, werden sie durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen sein, sich anderswo Arbeit zu suchen. Da kann es denn leicht vorkommen, daß sich die Kriegsentnerinnen zu geringeren Löhnen anbieten und dadurch ihren Kollegen und Kolleginnen eine empfindliche Konkurrenz machen. Man braucht hier nicht einmal von einer absichtlichen Schädigung und einem schlechten Charakter zu reden, es ist vielfach Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Mangel an Nachdenken, die sie dazu veranlassen. Daß es sich so verhält, ist unbestreitbar. Könnte man doch schon vor dem Kriege eine Lohnrückerlei zahlreicher Mädchen und Frauen aus den sogenannten besseren Ständen beobachten, die gewerbliche Arbeiten versuchten, nicht um damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sondern um sich einen Nebenverdienst zu verschaffen. Sie beachteten dabei nicht, daß sie dadurch ihren Geschlechtsgenossen, die einzig und allein auf den Ertrag von ihrer Hände Arbeit angewiesen waren, das Brot vor dem Munde wegnahmen und sie dem Elend überantworteten. Leider steht zu befürchten, daß sich dies nach dem Kriege wiederholen wird, und daß besonders die Kriegsentnerinnen eine schädigende Wirkung ausüben werden.

Erfahrungsgemäß wird sich die Lohnrückerlei am schlimmsten in der Heimarbeit fühlbar machen, was um so verhängnisvoller ist, als dort ohnehin schon erbärmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen. Darum mit hier eine Abhilfe am dringendsten not. Es muß gefordert werden, daß von den Arbeitsnachweiser Frauen nur dann Heimarbeit zugewiesen wird, wenn diese die einzige Erwerbsmöglichkeit bietet, und wenn die Zahlung eines normalen Arbeitslohnes gewährleistet wird. Kann eine Frau auf Grund ihrer Familienverhältnisse Arbeit außer dem Hause leisten, so muß ihr der Eintritt in die Reihen der Heimarbeiterinnen verweigert werden. Aber auch in den anderen Erwerbszweigen besteht die Gefahr einer Lohnrückerlei durch Kriegsentnerinnen, und darum ist es die Aufgabe aller gewerkschaftlichen Organisationen, ein wechsameres Auge zu haben und auf die Arbeiterinnen einzuwirken. Leider ist ja die Beteiligung der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsarbeit verhältnismäßig sehr gering, und es wird noch großer Anstrengungen bedürfen, um die gesamte weibliche Arbeiterchaft und besonders auch die große Schaar der Kriegsentnerinnen der Gewerkschaft zuzuführen und sie dort zu tüchtigen Kameradinnen mit sozialem Empfinden, kollegialer Gehinnung und solidarischem Willen zu erziehen.

Müssen Führer und Mitglieder die Argen offenhalten und einig zusammenstehen in dem Kampf gegen Lohnrückerlei. Ganzlich steht fest: nur durch Aufbietung aller Kräfte und durch einträchtiges Zusammenarbeiten kann verhindert werden, daß die Kriegsentner, deren soziale Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann, eine schädliche Wirkung ausüben auf den Arbeitslohn. Dies ist um so notwendiger, weil durch die Höhe des Arbeitslohnes die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage des einzelnen Arbeiters und der gesamten Arbeiterklasse bestimmt wird.

Die Unternehmer gegen das Hilfsdienstgesetz.

Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst ist von der Arbeiterchaft mit sehr gemäßigten Wünschen aufgenommen worden. Es ist beabsichtigt, daß ein Gesetz, welches die Bewegungsfreiheit der Arbeiter so stark einschränkt, bei den Professions keine Freude anzuschauen vermag. Es ist doch auch der Vertreter der Gewerkschaften im Reichstag, der seiner Stimme in einer Mitteilung in der Arbeiter-Zeitung vom 1. Juni 1917, die das Gesetz entgegengesetzt ist, äußert: „Das Gesetz ist ein Zwangsmaß, das in unbestimmten Grenzen dem Herrn der Arbeit seinen Wehrpflicht, mit der der regelrechte Soldat auch hätte

erreicht werden können, ist er gemildert durch verschiedene Tropfen sozialen Oels.“

Diese Tropfen sozialen Oels sind aber gewissen Unternehmerrgruppen sehr unangenehm. Die Ablehnung der Arbeiterchaft entspricht durchaus ihren Wünschen, aber dagegen lehnen sie sich auf, daß das Hilfsdienstgesetz Bestimmungen enthält, die es verhindern, daß der Zwang zur Willkür wird, und daß die Arbeiter an den sozialen Einrichtungen zur Durchführung des Gesetzes beteiligt werden. Noch unmittelbar vor der Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag hat sich der Kriegsausschuss für die deutsche Industrie mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewendet, in der dieser beschworen wurde, den sozialpolitischen Sicherungen im Hilfsdienstgesetz ein „Anzeichen“ entgegenzustellen. Die obligatorischen Arbeiterausschüsse sollten beseitigt und statt der Schlichtungsausschüsse militärische Beschwerdestellen errichtet werden. Diese Vorkehrungen sind erfolglos geblieben, und manche Unternehmerverbände und deren Organe haben ihrem Schmerz darüber deutlich Ausdruck gegeben.

Die praktischen Erfahrungen, die mit den sozialen Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes gemacht wurden, haben den Schmerz der Scharmacher nicht gemildert. Sie hoffen immer noch auf eine Umgestaltung des Gesetzes in ihrem Sinne. Allerdings hat die Vereinigung der deutschen Arbeitergeber-Verbände an den Chef des Kriegsamts eine Eingabe gerichtet, in welcher diesem die dringendsten Wünsche der Unternehmer unterbreitet werden. Vor allem paßt den Herren nicht die Bestimmung im § 9 des Gesetzes, wonach eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Vaterländischen Hilfsdienst als wichtiger Grund zum Wechsel der Arbeitsstelle gilt. Sie verlangen, eine authentische Erklärung des § 9, Abs. 3 dahin veranlassen zu lassen, daß bei Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Abkehrschein nur dann erteilt werden darf, wenn die Arbeitsbedingungen des Arbeiters an seiner bisherigen Arbeitsstelle den örtlichen Verhältnissen entsprechend nicht angemessen waren.“

Sichtlich der reklamierten Arbeiter verlangen die Unternehmer die Wiederherstellung des Rechtszustandes, wie er vor dem Erlaß vom 2. Dezember 1916 bestand. Ferner soll die Frist, binnen welcher ein Arbeiter ohne Abkehrschein nicht eingestellt werden darf, von zwei Wochen auf vier Wochen verlängert werden. Daß den Scharmachern die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse wider den Strich geht, ist begreiflich. Als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen finden sie es, daß die Verhältnisse ganzer Arbeitergruppen vor den Schlichtungsausschüssen verhandelt werden. Sie verlangen deshalb, daß den Ausschüssen die Anweisung gegeben wird, nur Einzelfälle zur Entscheidung zu bringen.“ Von den weiteren Forderungen, die in der Eingabe erhoben werden, sei nur noch die nach grundsätzlichen Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen der Schlichtungsausschüsse erwähnt.

Wir haben nicht die Absicht, gegen diese Scharmacher-eingabe zu polemisieren. Es genügt, sie ans Licht zu ziehen, um zu zeigen, wie die Unternehmer fortgesetzt auch gegen die geringsten Zugeständnisse wüteten, welche die Gesetzgebung den Arbeitern macht. Aber auch für die Beurteilung des Hilfsdienstgesetzes ist dieses Verhalten der Unternehmer nicht ohne Bedeutung. Es weist die Arbeiter darauf hin, daß dieses Gesetz bei allen Unannehmlichkeiten, die es der Arbeiterchaft brachte, doch auch manche gute Seite enthält. Wenn den Arbeitervertretern ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie dem Zwangs-gesetz zugestimmt haben, wird stets übersehen, daß der Zwang gekommen wäre, gleichviel, welche Stellung die Arbeitervertreter zu dem Gesetz eingenommen hätten. Der Mitarbeiter der Gewerkschaften ist es aber zu danken, daß der Zwang gemildert wurde durch wertvolle soziale Sicherungen. Der Sturmhauf der Unternehmer gegen diese Sicherungen beweist nur deren Wert. So liegt die Bedeutung der Eingabe der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vor allem darin, daß sie erneut Material beibringt zu einer gerechten Beurteilung des Hilfsdienstgesetzes durch die Arbeiter.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Alllandsberg (Wan Berlin) wurde eine neue Zahlstelle gegründet. Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in dieser Zahlstelle für weibliche Mitglieder 30 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 26. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Die Monatsliste über die Arbeitslosigkeit im Monat Juni ist spätestens bis zum 2. Juli an uns einzuenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle veräumt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatsliste nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein. (Die Karten sind mit 7,-Pennymarken zu frankieren.)

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 50874 Louis Junke, Schl. 1. 11. 30 zu Köpenicker l. Pl. 70884 Rob. Grelchen, Schl. 12. 3. 57 zu Niederlehmbach, 72770 Charlott. Köpcke, Arb., geb. 22. 7. 98 zu Berlin.

Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.
Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Gotha. Die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltung, welche beschlossene sich unter anderem auch mit der in Aussicht stehenden Beitragserhöhung, wurde am 2. Juli in Gotha abgehalten. Die Diskussion hierüber war recht lebhaft. Ein-

gehend wurde das Für und Wider erwogen, jedoch konnte man sich nicht dazu entschließen, einer Beitragserhöhung zuzustimmen. Mit einer einzigen Ausnahme nahmen die Kollegen einen ablehnenden Standpunkt ein. Merk-würdigerweise waren es gerade diejenigen, die früher ihre bereitwillige Opferfreudigkeit bewiesen haben, die in ganz energischer Weise gegen jedwede Erhöhung der Beiträge Front machten. Die Haltung unseres Verbandsorgans während des Krieges fand eine kritische Beleuchtung, ebenso manche Maßnahmen des Vorstandes; sie waren Ursache, die ablehnende Haltung zu begründen. Die Stellungnahme des Vorstandes zum Hilfsdienstgesetz, das die Arbeiter in die größte Abhängigkeit gebracht, ihnen sozusagen auch die letzte geringe Bewegungsfreiheit noch geraubt hat, gab Anlaß, die Beitragserhöhung abzulehnen. Ein Teil der Kollegen sprach sich dahin aus, lieber die Mitgliedschaft fahren zu lassen, als auch nur einen Pfennig mehr Beitrag zu zahlen. Es könnte auch keine Rede davon sein, dem Vorstand für seine Haltung während des Krieges noch dadurch ein Vertrauens-votum entgegenzubringen, daß man die Beitragserhöhung mitmache. Auch bestritt man dem Vorstand und dem Ausschuss das Recht, den Angestellten des Verbandes eine Teuerungszulage zu bewilligen. Das sei Sache des Verbandstages, auf dessen Einberufung man immer noch vergebens warte. Die Diktatur des Vorstandes müsse endlich ein Ende nehmen und baldmöglichst der Verbandstag einberufen werden, der auch das Mitbestimmungsrecht der Kollegen wieder einführen müsse. Außerdem müsse derselbe unbedingt Klarheit nach jeder Richtung schaffen. Trotzdem der Bevollmächtigte auf verschiedene Irrtümer aufmerksam machte, konnte er mit seiner Ansicht nicht durchdringen, vielmehr wurde er beauftragt, in einem kurzen Bericht den Standpunkt der Kollegen Gotthaus zum Ausdruck zu bringen.

Ravensburg. Nachdem unsere Zahlstelle durch fortwährende Einberufung immer mehr zusammengeschmolzen, können wir heute zu unserer Freude von einem Aufleben derselben berichten. Durch die Verlegung eines größeren Betriebes, in welchem ausschließlich Kollegen unserer Branche beschäftigt sind, nach Weingarten sowie durch eifrige Agitation bei diesen Kollegen ist unsere Zahlstelle wieder auf 140 Mitglieder angewachsen. Daß die Kollegen hier nicht säumig sind, zeigt, daß es ihnen schon mehrmals gelungen ist, bedeutende Verbesserungen in ihrem Betriebe zu erringen. Erwähnt sei nur eine Teuerungszulage von 20 Prozent, der eine allgemeine Lohnerhöhung folgte. Selbstverständlich dürfen die Kollegen nicht ruhen, sondern immer weiter bestrebt sein, Verbesserungen, wie sie die Lebensmittelverteilung bedingt, zu erringen. Da die Kollegen durchweg organisiert sind, wird es ihnen ein leichtes sein. Die Kollegen des Betriebes haben in einer Betriebs-versammlung im Mai den Entschluß gefaßt, eine Sektion mit Anschluß an die Zahlstelle Ravensburg zu bilden. Zu der letzten Monatsversammlung wurde unter anderem die Beitragsfrage behandelt, und nach lebhafter Diskussion kam man zu dem Entschluß, daß eine Beitragserhöhung unum-gänglich ist. Ein Vorschlag auf Staffelleistungen fand keine Gegenliebe.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Auf Grund der bestehenden Tarifverträge treten am 1. Juli d. J. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft in

Dippoldiswalde (Fa. Heike in Obercarsdorf): Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt von 56 auf 55 Stunden. Die Stundenlöhne werden um 2 Pf. und die Ak-tordpreise um 4 Prozent erhöht.

Erlangen (Fa. Schupp u. Götz): Der Stundenlohn wird um 1 Pf. erhöht.

Frankfurt a. d. O. (Fa. Dantke u. Co.): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden.

Glashütte (Fa. Seelhammer): Erhöhung der Löhne um 2 Pf. pro Stunde.

Mühlhausen i. Thür. (Fa. Körber): Die Löhne werden um 1 Pf. pro Stunde erhöht.

Neustadt a. d. Saardt und Bad Dürkheim (Tischler): Erhöhung der Löhne um 1 Pf. pro Stunde.

Niederfeldsch (Fa. Leinbrod): Lohnerhöhung um 2 Pf. pro Stunde.

Pönnitz (Kahnenmacher): Die Löhne werden um 2 Pf. pro Stunde erhöht.

Pr.-Stargard (Fa. Neustadt): Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde.

Stalp (Tischler): Die Löhne werden um 1 Pf. pro Stunde erhöht.

Aus der Holzindustrie.

Wieder ein tödlicher Mißbrandfall.

Ein Opfer des Mißbrandes wurde der Kollege Johann Schwager, ein wackeres Mitglied der Zahlstelle Müns-berg. Die Unbedeutung erfolgte unter Umständen, die den Fall besonders beachtenswert machen. Der Verstorbene war in den Vereinigten Pinselfabriken beschäftigt und gearbeitet Holz- und Sägenhaare, ein wertvolles Material, das in der Regel und wohl auch in diesem Fall aus Ruß-land eingeführt wird. Die Fabrik hat eine eigene Des-infektionsanlage, wo das Material den bestehenden Ver-schriften entsprechend desinfiziert wird. Schwager mußte sich am 29. Mai wegen einer im Gesicht aufgetretenen Ge-schwulst in ärztliche Behandlung begeben. Der Arzt stellte einen gefährlichen Furunkel fest. Als die Geschwulst häßlicher wurde, hielt er Geiselschere als verhängend. Am 2. Juni starb der Kollege. Dem Verstorbenen unserer Zentralkom-mission der Fürstentümer wurde dann von amtlicher Stelle die Mitteilung gemacht, daß die Sektion der Leiche und die Autopsie als Todesursache einwandfrei Mißbrand ergeben haben. — Ob die Umstände, unter denen die Unbedeutung erfolgte, näher untersucht wurden und das Er-gebnis dieser Untersuchung ist uns nicht bekanntgeworden. Nach den vorliegenden Mitteilungen könnte man einwenden, daß auch die bestehenden Vorschriften noch nicht ausreichen, um der Mißbrandgefahr wirksam vorzubeugen. Jed-falls muß verlangt werden, und unsere Kollegen müssen

darauf achten, daß die Bundesratsvorschriften über die Verhütung der Milzbrandgefahr überall streng beachtet werden.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ und die Zwangskraft der Tarifverträge.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ entnimmt aus dem „Vorwärts“ die Mitteilung, wonach die preussische Heeresverwaltung Mitte Mai nach Verhandlungen mit Vertretern des Deutschen Holzarbeiter-Bundes den Geschloßtarif als unbedingt verpflichtend anerkannt hat.

Wir nehmen von dieser Mitteilung Notiz und versagen es uns einstweilen, eine nähere Kritik daran anzuknüpfen. Mars regiert die Stunde, und während des Krieges herrschen eben andere Grundsätze, als sie in einer Friedenswirtschaft gültig zu sein pflegen.

Die Anmerkung der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist kurz, aber vielsagend. Anscheinend bereitet es ihr ebensowenig Schmerz, daß die Unternehmer zur Innehaltung des Tarifvertrages verpflichtet werden, wie der Umstand, daß die Heeresverwaltung eine solche Anordnung ergehen läßt und ihre Durchführung überwachen will.

Gewerkschaftliches.

Aus den schweizerischen Gewerkschaften.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat einen Bericht herausgegeben, der in gedrängter Kürze über die Tätigkeit und die Entwicklung der Gewerkschaften in der Schweiz in den Jahren von 1914 bis 1916 unterrichtet.

Die Steigerung der Mitgliederzahl ist zum Teil auf den Anschluß einiger Organisationen zurückzuführen, die vorher außerhalb des Gewerkschaftsbundes standen.

und Gewerkschaften mit dem Handels- und Transportarbeiter-Verband. Die gemeinsame Tätigkeit wurde am 1. Juli 1915 aufgenommen.

Die Finanzlage des Gewerkschaftsbundes hat sich zeitweilig recht schwierig gestaltet. Am Schluß des Jahres 1914 waren nur noch 9,30 Frank in der Kasse.

In dem Kapitel über die internationalen Beziehungen wird auch die Frage der Sicherlegung des internationalen Gewerkschaftssekretariats behandelt.

Der Tabakarbeiter-Verband hat trotz aller Schwierigkeiten den Krieg bisher noch leidlich überstanden. Er hatte bei Kriegsausbruch 29 449 Mitglieder, davon fast die Hälfte, nämlich 14 144, weibliche.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt den Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, im Kälberisches - Park 2, bezogen werden.

Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege. Von Paul Umbreit. Band 1 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek.

Der Krieg hat die Gewerkschaften vor Aufgaben gestellt, an die früher kaum jemand gedacht hat. Sie haben die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit glänzend bestanden.

und suchen sich über das Wesen der Gewerkschaften, ihre Entwicklung, ihre Bestrebungen und Ziele zu unterrichten. Paul Umbreit, der Redakteur des „Correspondenzblattes der Generalkommission“, der das vorliegende Buch verfaßt hat, gibt darin in gedrängter Kürze wohl, aber überblicklich und zweckentsprechend Auskunft über eine Menge hier in Betracht kommender Fragen.

Das Buch ist nach seiner Anlage in erster Linie dazu bestimmt, Kreise, die den Gewerkschaften fernstehen, über diese zu unterrichten. Es ist aber auch allen Gewerkschaftsmitgliedern auf das angelegentlichste zu empfehlen.

Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun.

In dem hohen erschienenen neuen Heft findet der politisch und ökonomisch interessierte Leser eine Fülle wertvoller Arbeiten. An erster Stelle steht eine Abhandlung über die Reform des preussischen Wahlrechts von Gerhard Anschütz.

Katechismus der deutschen Arbeiterbewegung Oesterreichs. Zusammengestellt von Hans Krebs.

Die 30 Seiten starke Broschüre ist eine Agitationschrift der deutsch-nationalen Gewerkschaften in Oesterreich.

Gesorbene Mitglieder.

- Andreas Schmidt, Hilfsarbeiter, 60 Jahre, gest. in Rabenau.
Wilhelm Lange, Schreiner, gest. in Pöschel a. M.
Hugo Mellmann, Schiffszimmermann, gest. in Boizenburg.

Ein Schreiner für lackierte Möbel findet Stelle bei Karl Friz, Möbelgeschäft, Krefel (Pfalz).

Älterer Tischler, mit Reparaturvertraut, gesucht. Karpfischlerei Hirschwald, Weimar, Cranachstraße 28.

Tischler stellt sofort ein Otto Schneider, Großwägenweg (Bez. Magdeburg).

Gesucht ein Tischler Hamburg, Ellertstraße 7, 2. Et.

10 Tischler auf eigene Herren- und Speisezimmer, auch Heeresbeferung, sofort gesucht. Karpfischfabrik Bremen (Sachsen).

Stuhl- und Seifelbauer, Tischler fert gesucht. Neubungen an: Karpfischfabrik, Karpfischfabrik, Brand-Graben bei Freiberg (Sachsen).

10-15 Tischler, Fräser u. perfekte Maschinenarbeiter gesucht auf Heeres- und Bauarbeit. Emil Kirchner, Bau-fabrik, Großhain (Sachsen).

Ein Bundgatterschneider, einige Arbeiter oder Arbeiterinnen werden sofort gesucht. Otto Seifert, Reuhäusen (Bez. Dresden).

Zwölf Stuhlbauer für dauernde beste Arbeit suchen Deutsche Stuhlmöbelwerke, Seringswalde-Hilmsdorf (Sachsen).

Stuhlbauer, Maschinenarbeiter gesucht. Walddesche Stuhlfabrik, Wengeringhausen (Waldeck).

Ausschneider für die Dekupierfäge gesucht. J. B. Spear & Söhne, Spielzeugfabrik, Rürnberg-Doos, Hörner Straße.

Geübte Drechsler auf Bein u. Holz für Militär- und Maschinenartikel für sofort und später gesucht. Offerten an Reich, Goldmann & Co., Offenbach a. M.

2 tüchtige Drechsler für sofort gesucht. S. Reiter, Ziesburg, Angelburger Straße 6.

Tüchtige Feiler und Schleifer auf Holzschirmmaschine verlangt. Alphonse Ludwig & Co., Berlin SW, Belle Alliance-Straße 92.

Korbmacher auf 98er Munitionsförbe, auf 21- und 15-cm-Langgranatenföbe sowie Drillinggestelle sucht Herm. Kühn, Köpichenbroda.

Tüchtige Korbmacher

und angeleitete Frauen für 98er ganz aus Weide, für Drillinggestelle und 21-cm-Langgranatenföbe sucht Theodor Reimann, Dresden-N., Königsstr. 3.

20 Korbmacher für 98er und Drillinggestelle sucht sofort Max Poppel, Dresden-N., Bübnerstraße 5.

Korbmacher auf alle Sorten Geschloßföbe, Drillinggestelle und Muschier verlangt F. Schulz, Berlin, Michaelkirchstr. 15.

Noch einige Korbmacher auf Mattarbeit gesucht.

C. Föhler, Korbmacherei, Geesemünde, Kleine Straße 2.

Korbmacher sowie Arbeiter und Arbeiterinnen auf Munitionsföbe Nr. 98 und 10-cm-Patronenföbe (Ringelföbe) sucht sofort Korbkunst Hildburghausen.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Gewerband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Table with columns: Ort, Wochensbericht vom Sonnabend, 16. Juni, bis Freitag, 22. Juni 1917. Sub-headers: A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B = Offene Arbeitsstellen, C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche. Columns include: Sautischler, Tischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.